LR Günther-Martin Pauli Haushaltsrede 19. Oktober 2026

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Mitglieder des Kreistags,
meine Damen und Herren,

zum 20. Mal durften wir am vergangenen Donnerstag unsere Bildungsmesse Visionen eröffnen. 150 Ausbildungsbetriebe aus dem Zollernalbkreis und der Region haben erfrischend, kreativ und spannend ihre Bereitschaft gezeigt, vielfältige, hochqualifizierte Chancen und Perspektiven für junge Menschen bereitzuhalten!
Es ist ein starkes, mutmachendes Signal, das wieder einmal unter der Regie unserer Wirtschaftsförderungsgesellschaft ausgestrahlt wurde. Viele von Ihnen waren selbst dabei und es weckt Zuversicht für die bevorstehenden Haushaltsberatungen.
Herzlichen Dank Silke Leibold und ihrem Team sowie allen Verantwortlichen und Mit-Anpackenden, denen eine qualifizierte Ausbildung unserer „Gesellschaft von Morgen“ am Herzen liegt.
Mehrere Teile der Landkreisverwaltung, unser Klinikum, die Sparkasse und unsere Bildungseinrichtungen waren auf der Bildungsmesse ebenfalls stark vertreten.

Der Zollernalbkreis investiert weiterhin mit voller Kraft in die Bildung. Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf - den ich übrigens ebenfalls zum 20. Mal hier in den Kreistag einbringen darf - sind dafür zum Beispiel 1,3 Millionen Euro für die Dachsanierung inklusive PV-Anlage an der Walter-Groz-Schule in Albstadt (Förderung in Höhe von 511.000 Euro), 250.000 Euro für die Planungen zur energetischen Sanierung der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule in Balingen, 120.000 Euro als Teil der PV-Offensive am Beruflichen Schulzentrum in Hechingen und 500.000 Euro für die Aufstockungspläne an unserer Rossentalschule vorgesehen.
Alle unsere Schulstandorte behalten wir im Fokus - weil wir die Zukunft unseres Landkreises intelligent gestalten wollen!

Trotz der regnerischen und bis zu Unwetter neigenden geopolitischen Großwetterlage präsentieren wir Ihnen für 2027 eine solide Haushaltsplanung mit Mut, Stärke und Verantwortung! Mut brauchen wir schon angesichts der desaströsen Entwicklung der Kommunalfinanzen, die sich in wenigen Jahren in atemberaubender Geschwindigkeit verschlechtert hat. Allein das Defizit der Kommunen in Baden-Württemberg belief sich 2025 auf 4,4 Milliarden Euro und das wird absehbar nicht besser, sondern türmt sich weiter auf. Und es ist zu befürchten, dass weder Bund noch Land zeitnah endlich Korrekturen anpacken.

Es ist schlichtweg unmöglich, gar inakzeptabel, dass wir lediglich ein Siebtel der öffentlichen Einnahmen erhalten, aber ein Viertel der öffentlichen Ausgaben stemmen sollen. Im Bund wird ein Haushalt verabschiedet, der 240 Milliarden Euro neue Schulden vorsieht. Baden-Württemberg greift jetzt in die Pensionsrücklagen ein, statt effektiverer Aufgaben- und Strukturkritik.
Alle unsere Sozialsysteme geben enorm viel mehr Geld aus, als wir erwirtschaften, als wir uns leisten dürften. Die Staatsquote liegt inzwischen bei über 50 Prozent.
Wir leben und jammern quasi – zwar auf hohem Niveau – aber „auf Pump“ nachfolgender Generationen.

Nicht „Jammern“ ist angesagt, sondern jeder Einzelne ist gefordert, seinen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten! Kurskorrekturen darf sich niemand verweigern!
Diese bereits gigantisch überschuldete sogenannte „öffentliche Hand“ darf nicht noch mehr angezapft oder weiter ausgesaugt werden. Generationengerechtigkeit muss endlich von allen angestrebt werden, wie wir es unseren Nachkommen schuldig sind!

Vor allem junge Menschen und Senioren nutzen den Öffentlichen Nahverkehr, den wir seit vielen Jahren ausbauen und Ressourcen hineinstecken. Bedauerlicherweise müssen wir feststellen, dass die Verantwortlichen im Schienennetz dieses jedoch verlottern lassen. Wir werden nicht müde und fordern mit Nachdruck die Deutsche Bahn und das Land Baden-Württemberg auf, die desaströsen Zustände vor allem auf der Zollernalbbahn in den Griff zu bekommen!

Wir haben uns in der Landkreisverwaltung mit den Herausforderungen für diesen Haushaltsplanentwurf bereits seit mehreren Monaten intensiv beschäftigt. Am vergangenen Wochenende konnte sich der Kreistag bei seiner Klausurtagung in Stuttgart schon mit einigen Eckdaten auseinandersetzen.

Ob Zentralisierungsstrategie, Stellenplan, Digitalisierung notwendiger Investitionen, Prozessoptimierungen, Aufgabenverteilung… Dort, wo wir Eigenverantwortung tragen, ducken wir uns nicht weg. So gewöhnungsbedürftig, manchmal schmerzhaft Umstrukturierungen und Einsparungen sind, wir wollen sie gemeinsam anpacken. Nach zahlreichen intensiven Einzelverhandlungen ist es unserem Kämmerer Gerd Beiter mit unseren Dezernentinnen und Dezernenten gelungen, die Ansätze für Sach- und Dienstleistungen nicht nur einzufrieren, sondern mit strengen Ausgabenkürzungen eine Verbesserung um 1,8 Millionen Euro zu erzielen. Hinzu kamen Stellenstreichungen, wie vom Kreistag gefordert. Prozessoptimierungen, mehr Effizienz, Aufgabenkritik, wurden dort, wo wir Ermessensspielräume haben, herausgearbeitet. Ämter wurden neu gestaltet, um Verwaltungswege abzukürzen.

Und wenn wir jetzt noch konsequent die bereits vor über einem Jahr konzipierte Zentralisierungsstrategie umsetzen, ersparen wir uns nicht nur Wartung und unnötige Gebäudeunterhaltungen, kostspielige Miet- und Renovationskosten z.B. bei den Zulassungsstellen, sondern erzielen zusätzlich Einnahmen durch den Verkauf von Bestandsimmobilien.

Dass der Zollernalbkreis einen großen Bogen um die „Schuldenfalle“ macht, erkennen Sie daran, dass wir mit überschaubaren knapp 5 Millionen Euro Schulden ins neue Haushaltsjahr starten. Das entspricht einem Bruchteil der Durchschnitts-verschuldung der Landkreise in Baden-Württemberg.

Die Ausgangslage für das Jahr 2027 war wie folgt:
Die Steuerkraftsumme unserer Städte und Gemeinden liegt mit minus 1,9 Prozent deutlich unter dem Landesdurchschnitt, was bei einem Kreisumlagehebesatz von 32,5 bereits einen Minusbetrag von 2,3 Millionen Euro ergibt.
Hinzu kommen wieder enorme Steigerungen im Sozial- und Jugendhilfebereich sowie der Eingliederungshilfe. Alles Bereiche, in denen der Bund und die Länder gefordert sind. Daher fordern wir, dass unsere Gesetzgeber ihrer Verantwortung endlich gerecht werden:
Neue Leistungsversprechen und zusätzliche Aufgaben müssen mit einer auskömmlichen Finanzierung verbunden werden. Zugleich sollten bestehende

Standards daraufhin gecheckt werden, ob sie unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen noch erfüllbar sind. Die strukturelle Schieflage der kommunalen Haushalte gefährdet unsere Funktionsfähigkeit und damit die kommunale Selbstverwaltung als Grundpfeiler unseres föderalen Staatsaufbaus.

Doch wie sieht es jetzt konkret mit unseren Plandaten aus:
Wir sind vor wenigen Wochen mit einem Fehlbetrag von insgesamt 15 Millionen Euro gestartet. Es ist uns klar, dass dieser Fehlbetrag nicht einfach über die Kreisumlage einkassiert werden kann. Als ehemaliger Bürgermeister und inzwischen seit 27 Jahren diesem Gremium zugehörig, weiß ich die konstruktive und partnerschaftliche Atmosphäre der kommunalen Familie im Zollernalbkreis zu schätzen.

Wir können Ihnen heute einen ausgewogenen Haushaltsplanentwurf für 2027 vorlegen, der Ordentliche Erträge in Höhe von knapp 359 Millionen Euro (358.901.695 Euro) und Ordentliche Aufwendungen mit fast 368 Millionen Euro (367.923.770 Euro) vorsieht.
Das heißt, dass wir aus Solidarität zu unseren Städten und Gemeinden zunächst einen Fehlbetrag im Ergebnishaushalt von über 9 Millionen Euro verbuchen.
Diesen Fehlbetrag müssen wir noch durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen der Vorjahre decken.
Entlang der notwendigen Investitionen in unsere Bildungseinrichtungen, das Zentralklinikum, Infrastruktur etc. schlagen wir eine Kreditaufnahme von 13.500.000 Euro vor.
Trotzdem kommen wir nicht umhin, die Kreisumlage auf 34 %, also immer noch unter dem jetzigen Landesdurchschnitt, zu erhöhen.
Mit „Maß und Mitte“, mit unserem verantwortungsbewussten finanzpolitisch soliden Kurs signalisieren wir als Zollernalbkreis, dass wir nicht rückwärts in die Zukunft marschieren!

Wenn wir mit der Realisierung unseres Jahrhundertprojektes Zentralklinikum starten können, dann sind diese 1,5 % mehr Kreisumlage samt geplanter Kreditaufnahme jetzt gerechtfertigt. Unsere Projektsteuerung für das Zentralklinikum sieht, wenn alles gut geht, einen Mittelabfluss in den nächsten Monaten von knapp 50 Millionen Euro vor.
Erfreulich als Bauherrschaft nehmen wir wahr, dass wir bislang unter den Kostenschätzungen liegen dürfen!
Voraussichtlich im Frühjahr 2027 erfahren wir Genaueres über die Landesförderung - nachdem der Landtag seinen Haushaltsplan verabschiedet hat und dann das Landeskabinett und der Bund noch ihren Segen gegeben haben - in welcher konkreten Höhe unser Zentralklinikum im Zuge der Transformation bezuschusst werden kann.
Zunächst haben wir sämtliche uns zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Sondervermögen in Höhe von 25,5 Millionen Euro in diesem Entwurf 2027 eingeplant. Aus 2026 stehen uns noch rund 16 Millionen Euro zur Verfügung.

Vor wenigen Stunden, am vergangenen Freitag bis Samstag in der Sparkassen-Akademie in Stuttgart, haben wir auf der Klausurtagung des Kreistags bereits einige Details miteinander vorberaten dürfen. Entsprechend kann ich meine 20. Haushaltsrede abkürzen, verweise auf den Vorbericht zu den Haushaltszahlen, und danke für die zahlreichen konstruktiven Gespräche im Vorfeld. Wir wollen, wie in den Vorjahren, die Einzeletats in unseren Fachausschüssen detaillierter beleuchten.

Mein großer Dank gilt allen, die mit großartigem Verantwortungsbewusstsein diesen Haushaltsplan 2027 mit aufgestellt haben, namentlich unserem Kämmerer Gerd Beiter, dem Ersten Landesbeamten Matthias Frankenberg, unseren Dezernentinnen Katja Miller, Catharina Pawlowskij und Cornelia Staab sowie unserem Sozialdezernenten Georg Link, die mit ihren Teams einen richtigen Kraftakt hinlegen mussten.